

Interview zum Umgang mit Russland im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Sergey Lagodinsky, Bündnis 90/Die Grünen, MdEP

"Informationen am Morgen", 8.3.2022, 6:50 Uhr

Barbara Schmidt-Mattern: Während die Kämpfe und Bombardierungen in der Ukraine andauern, wächst der Druck auf die russische Zivilgesellschaft im Land und vor allem auch auf Journalistinnen und Journalisten. Wieviel Widerstand überhaupt möglich ist gegen Wladimir Putin in diesen Tagen und welches Risiko die Menschen eingehen, darüber kann ich jetzt mit Sergey Lagodinsky sprechen, Europaparlamentarier für die Grünen in Brüssel. Guten Morgen, Herr Lagodinsky.

Sergey Lagodinsky: Schönen guten Morgen.

Schmidt-Mattern: Kurz zu Ihrer Person. Sie sind 1975, also noch zu Sowjet-Zeiten in Russland geboren, kamen dann Anfang der 90er-Jahre nach Deutschland. Sie haben unter anderem in Harvard studiert und sind 2019 für Bündnis 90/Die Grünen erstmals ins Europaparlament eingezogen. Lassen Sie mich zunächst fragen: Was hören Sie in diesen Tagen von Menschen aus Russland, die Ihnen nahestehen?

Lagodinsky: Es ist eine Mischung aus Verzweiflung und Ignoranz, denn genau diese zwei Bevölkerungsgruppen gibt es – diejenigen, die verstehen und durchblicken, was jetzt passiert, die auf Umwegen auch jetzt meistens die Wahrheit über diesen Krieg mitbekommen und daran auch verzweifelt sind. Und andererseits gibt es ganz große Bevölkerungsgruppen, die nach acht Jahren ununterbrochener Propaganda einfach mit Ignoranz darauf schauen und von einer Operation, einer kleinen Operation ausgehen und von einer angeblichen Befreiung, die jetzt Russland in die Ukraine bringt.

Schmidt-Mattern: Ich höre das aus Ihren Worten schon raus: Das ist die große Mehrheit?

Lagodinsky: Das ist immer noch die große Mehrheit und ich befürchte, das wird noch schlimmer, denn wir stehen vor einer endgültigen Entkopplung des öffentlichen Raumes Russlands. Auch gibt es jetzt Pläne und Befürchtungen, dass Russland das Internet jetzt abkoppelt, angeblich schon diese Woche. Das sind bisher Gerüchte und Indizien. Wir müssen abwarten.

Schmidt-Mattern: Weltweit, ja nicht nur in Russland, sondern wirklich rund um den Globus, protestieren in diesen Tagen hunderttausende Menschen gegen diesen Krieg. Interessiert sich Präsident Putin dafür?

Lagodinsky: Ich glaube nicht. Präsident Putin interessiert sich jetzt nicht mal für die Wahrheit, die ihm sein Umfeld übermittelt. Es gibt Berichte, dass auch das Umfeld von

Wladimir Putin verzweifelt ist, dass vor allem die Wirtschaftsleute nicht mit dieser Wucht der Sanktionen, der Gegenmaßnahmen gerechnet haben. Vor allem die Isolierung der russischen Zentralbanken trifft die Wirtschaft und das Finanzsystem sehr stark. Insofern glaube ich nicht, dass Herr Putin sich für die Auslandsrussen und Russinnen interessiert, die jetzt protestieren.

Schmidt-Mattern: Auch nicht aus Gründen des Images? Russlands Ruf in der Welt leidet ja gerade immens. Ist das etwas, was den Präsidenten dort nicht doch trifft?

Lagodinsky: Es ist ehrlich gesagt sehr schwierig, jetzt irgendwelche psychologischen Analysen von Putin abzuleiten. Ich verstehe, dass das sowohl medial als auch menschlich absolut spannend ist, aber wir können darüber nicht spekulieren. Wir müssen unsere Analysen darauf basieren, was für Handlungen wir sehen. Wir können nicht in den Kopf von Putin schauen. Ich habe das Gefühl, dass die Fremdwahrnehmung für dieses Regime keinerlei Rolle mehr spielt. Was die Rolle spielt, ist die finanzielle Absicherung dieses Krieges und der nahen Zukunft.

Schmidt-Mattern: Dann machen wir es konkreter, denn beim Thema finanzielle Absicherung sind wir sofort bei Russlands Energiereserven und den Exporten, die bisher nach Europa laufen. Bisher sind die Energielieferungen EU-weit und auch in den USA ausgenommen von den Sanktionen, die ausgesprochen wurden. Muss sich das ändern, Herr Lagodinsky?

Lagodinsky: Es muss sich auf jeden Fall mittelfristig ändern. Das ist übrigens etwas, was wir seit Jahrzehnten schon als Grüne und auch als Russland-Beobachterinnen und -Beobachter gepredigt haben. Just die Parteien, die jetzt beherrschend durch die Bundesrepublik laufen, CDU, haben das immer abgelehnt. Die CDU-Kolleginnen und Kollegen haben diese Abhängigkeit jahrzehntelang aufgebaut, mit den sozialdemokratischen Kollegen zusammen, und jetzt können wir nicht auf einmal von einem Tag auf den anderen aussteigen. Aber wir müssen alles tun, damit es möglich ist, zumindest mittelfristig.

Schmidt-Mattern: Also finanzieren wir Putins Krieg erst mal weiter mit unseren Energie-Milliarden, die wir ihm dafür überlassen?

Lagodinsky: Das ist eine berechtigte Frage und eine wichtige Abwägung. Wir müssen jetzt – und das macht diese Bundesregierung – eine möglichst schnell Analyse erstellen, und daran wird gearbeitet, wie können wir möglichst sofort aussteigen. Aber klar ist auch, wir können nicht blind aussteigen. Es muss eine strategische Entscheidung sein, wie wir schnell und kurzfristig diversifizieren und vergrünen können – ich meine die Energie-Ressourcen –, wenn das mit überschaubarem Risiko möglich ist. Das wird nicht ohne Kosten sein; das wird sicherlich auch uns weh tun. Aber es muss überschaubar und klar sein und daran wird gearbeitet. Wir dürfen jetzt nicht in wilden Aktionismus verfallen, aber wir müssen jetzt schnell handeln.

Schmidt-Mattern: Aber es gibt ja auch Stimmen, die sagen, es sind die Alternativen da und die sind auch bekannt, ob das jetzt sei, dass wir verstärkt auf Ressourcen aus dem Nahen Osten zurückgreifen, oder auch Norwegen hat zum Beispiel Gas. Es ist immer wieder von Flüssiggas aus den USA die Rede. Doch noch mal die Frage: Warum lässt sich das nicht

schneller bewerkstelligen, um diesen Krieg aus Richtung des Westens nicht mitzufinanzieren?

Lagodinsky: Ich bin im Kontakt mit dieser Bundesregierung, mit dem Wirtschafts- und Energieministerium. Daran wird wirklich gearbeitet. Aber wir können zum Beispiel bei Flüssiggas nicht einfach so umsteigen. Wir brauchen da eine entsprechende Infrastruktur. Die Frage ist, wie schnell kann diese Infrastruktur aufgebaut werden. Das sind alles Fragen, die jahrelang vernachlässigt worden sind, und jetzt müssen wir die schnell nachholen und einholen. Außerdem: Wenn wir jetzt aus dem Gas aussteigen, dann wird das sehr große Konsequenzen für das Preisniveau weltweit haben, noch mehr als jetzt. Auch das muss mit einberechnet werden. Ich sage nicht, dass das nicht passieren soll, aber wir dürfen das nicht einfach blind entscheiden. Wir müssen eine bewusste, klare, strategische Entscheidung treffen.

Schmidt-Mattern: Herr Lagodinsky, dann lassen Sie mich zum Abschluss unseres Gesprächs noch einmal nach Russland zurückblicken. Ich höre jetzt aus Ihren Worten heraus, dass schnelle Sanktionen im Hinblick auf die Energielieferungen auf EU-Ebene nicht kommen werden, sondern nur mittelfristig. Das lenkt den Blick dann zurück auf die russische Zivilgesellschaft, auf die Opposition selbst. Sehen Sie mittelfristig einen Hebel, um Putin zu stoppen?

Lagodinsky: Die Opposition in Russland ist absolut demobilisiert – nicht nur die Opposition, sondern die gesamte frei denkende Zivilgesellschaft. Die ist jetzt auf der Flucht. Die ganzen Eliten haben ihre Koffer gepackt oder sind schon in der Türkei oder in anderen Ländern, wo sie schnell noch hinkommen.

Schmidt-Mattern: Aleksej Nawalny ist noch im Land.

Lagodinsky: Aleksej Nawalny ist einer derjenigen, um die ich sehr große Sorgen habe. Unsere politische Aufmerksamkeit darf nicht nachlassen, auch weil er jetzt besonders gefährdet ist, und das ist etwas, was ich auch von dieser Bundesregierung erwarte. Wir müssen auch auf Aleksej Nawalny ganz besonders schauen und auf seine Sicherheit.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.